

Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige, sonstige Leistungen der Jugendhilfe sowie Ausgaben und Einnahmen in Mecklenburg-Vorpommern

Teil 1 - Sonstige Leistungen der öffentlichen Jugendhilfe

2016

Bestell-Nr.: K5131 2016 00

Herausgabe: 26. September 2017
Printausgabe: EUR 4,00

Herausgeber: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Lübecker Straße 287, 19059 Schwerin,
Telefon: 0385 588-0, Telefax: 0385 588-56909, Internet: <http://www.statistik-mv.de>, E-Mail: statistik.post@statistik-mv.de

Zuständige Dezernentin: Gabriele Kleinpeter, Telefon: 0385 588-56422

© Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, 2017
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	Zahl lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
x	Aussage nicht sinnvoll oder Fragestellung nicht zutreffend
/	keine Angabe, da Zahlenwert nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ
()	Zahl hat eingeschränkte Aussagefähigkeit
[rot]	berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Auf- und Abrunden der Einzelwerte.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkungen und Erläuterungen	3
Tabelle 1.1 Adoptionen nach ausgewählten Merkmalen im Zeitvergleich	5
Tabelle 1.2 Adoptionen 2016 nach ausgewählten Merkmalen und Kreisen	6
Tabelle 1.3 Bestehende Pfleg-, Vormund- und Beistandschaften für Kinder und Jugendliche sowie Pflegeerlaubnis und Sorgeerklärungen im Zeitvergleich	7
Tabelle 1.4 Bestehende Pfleg-, Vormund- und Beistandschaften für Kinder und Jugendliche sowie Pflegeerlaubnis 2016 nach Kreisen	8
Tabelle 1.5 Maßnahmen des Familiengerichts wegen einer Gefährdung des Kindeswohls im Zeitvergleich	9
Tabelle 1.6 Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche nach Anlass und Ende der Maßnahme im Zeitvergleich	10
Tabelle 1.7 Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche nach Art der Maßnahme im Zeitvergleich	11
Tabelle 1.8 Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2016 nach Kreisen	12
Tabelle 1.9 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls sowie Ergebnis des Verfahrens und Art der Kindeswohlgefährdung im Zeitvergleich	13
Tabelle 1.10 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2016 nach dem gewöhnlichem Aufenthaltsort der Minderjährigen	14
Tabelle 1.11 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls und Ergebnis des Verfahrens 2016 nach Kreisen	15
Fußnotenerläuterungen	16

Vorbemerkungen und Erläuterungen

Vorbemerkungen

Der vorliegende Bericht "Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige, sonstige Leistungen der Jugendhilfe sowie Ausgaben und Einnahmen in Mecklenburg-Vorpommern" enthält ausgewählte Ergebnisse der Statistiken im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe für das Berichtsjahr 2016.

Ab 2017 erfolgt die Veröffentlichung des o.g. Statistischen Berichtes erstmals in zwei zeitlich voneinander getrennt erscheinenden Ausgaben.

Teil I enthält die "Sonstigen Leistungen der öffentlichen Jugendhilfe".

Dazu zählen Ergebnisse folgender Erhebungen:

- Adoptionen,
- Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Sorgerecht,
- Vorläufige Schutzmaßnahmen,
- Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII.

Im **Teil II** des Berichtes werden die Ergebnisse der Statistiken:

- Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige
- Ausgaben und Einnahmen veröffentlicht.

Erläuterungen

Adoptionen

Rechtsgrundlagen

§§ 98 bis 103 des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 8 des Gesetzes vom 21. Januar 2015 (BGBl. I S. 10) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist. Erhoben werden Angaben zu § 99 Absatz 3 SGB VIII.

Auskunftspflichtig sind die örtlichen und überörtlichen Träger der Jugendhilfe sowie die Träger der freien Jugendhilfe.

Bei einer Annahme als Kind (Adoption) durch ein Ehepaar oder eine Einzelperson erhält das Kind den rechtlichen Status eines ehelichen Kindes des annehmenden Ehepaares bzw. der annehmenden Person. Bei der Adoption handelt es sich häufig um eine Maßnahme, die mit einschneidenden Veränderungen in der Lebenssituation und in der Trennung von leiblicher Mutter bzw. Herkunftsfamilie verbunden ist.

Die Adoption wird in der Regel erst ausgesprochen, wenn der Annehmende das Kind eine angemessene Zeit in Adoptionspflege gehabt hat. Die Adoptionspflege soll dem Vormundschaftsgericht eine Prognose darüber ermöglichen, ob die Annahme dem Wohl des Kindes dient.

Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Sorgerecht

Rechtsgrundlagen

§§ 98 bis 103 des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 8 des Gesetzes vom 21. Januar 2015 (BGBl. I S. 10) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist. Erhoben werden Angaben zu § 99 Absatz 4, 5, 6a und 6b SGB VIII.

Auskunftspflichtig sind die örtlichen Träger der Jugendhilfe.

Amtsvormundschaft ist eine vom Jugendamt ausgeführte Vormundschaft, bei der die elterliche Sorge (Vormundschaft über Minderjährige) von einem Dritten, dem Vormund, ausgeübt wird. Voraussetzung ist, dass das Kind oder der Jugendliche nicht unter elterlicher Sorge steht. Kinder und Jugendliche bedürfen insbesondere dann eines Vormunds, wenn ihre Eltern als die eigentlichen gesetzlichen Vertreter entweder gestorben sind oder die elterliche Sorge nicht mehr ausüben dürfen (Sorgerechtsentzug) oder wollen (Adoptionsfreigabe). Einen Vormund erhalten auch Kinder minderjähriger Mütter, die nicht mit dem Vater des Kindes verheiratet sind.

Man unterscheidet die bestellte Amtsvormundschaft und die gesetzliche Amtsvormundschaft. Bestellte Amtsvormundschaft tritt insbesondere durch den Entzug der elterlichen Sorge ein, gesetzliche Amtsvormundschaft, wenn ein Kind von einer minderjährigen Mutter geboren wird, die nicht mit dem Vater des Kindes verheiratet ist oder wenn Eltern ihr Kind zur Adoption freigeben. Die Amtsvormundschaft erstreckt sich grundsätzlich auf die gesamte elterliche Sorge (Personensorge, Vermögenssorge).

Amtspflegschaft ist eine vom Jugendamt ausgeübte Pflegschaft, sie dient der Fürsorge in persönlichen und wirtschaftlichen Belangen einer Person; im Gegensatz zur Vormundschaft umfasst die Pflegschaft nur die Wahrnehmung bestimmter Angelegenheiten der elterlichen Sorge.

Bestellte Amtspflegschaften bedürfen der ausdrücklichen Anordnung durch das Vormundschaftsgericht. Beistandschaft ist eine Unterstützung eines alleinerziehenden, sorgeberechtigten Elternteils auf dessen Antrag durch das Jugendamt. Der Beistand nimmt nicht Angelegenheiten der elterlichen Sorge wahr, sondern unterstützt den Sorgeberechtigten bei der Ausübung der elterlichen Sorge.

Tagespflegepersonen bedürfen nach § 43 SGB VIII einer Erlaubnis des Jugendamtes, wenn sie Kinder außerhalb ihrer Wohnung in anderen Räumen während des Tages mehr als 15 Stunden wöchentlich gegen Entgelt länger als drei Monate betreuen.

Vorläufige Schutzmaßnahmen

Rechtsgrundlagen

§§ 98 bis 103 des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 8 des Gesetzes vom 21. Januar 2015 (BGBl. I S. 10) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist. Erhoben werden Angaben zu § 99 Absatz 2 SGB VIII.

Auskunftspflichtig sind die örtlichen Träger der Jugendhilfe sowie die Träger der freien Jugendhilfe.

Vorläufige Schutzmaßnahmen umfassen die Inobhutnahme eines Kindes oder Jugendlichen sowie die Herausnahme eines jungen Menschen, z. B. aus einer Einrichtung, bei Gefahr in Verzug. Eine Inobhutnahme ist die vorläufige Unterbringung von Kindern oder Jugendlichen durch das Jugendamt.

Eine Herausnahme liegt vor, wenn Kinder oder Jugendliche bei einer dringenden Gefahr für ihr Wohl von einer anderen Person weggenommen werden (§ 42 Absatz 1 letzter Halbsatz SGB VIII).

Begrifflich wird „Wegnahme“ synonym mit „Herausnahme“ gewertet. Eine Herausnahme findet statt, wenn ein Kind oder Jugendlicher trotz des Widerspruchs seiner Eltern, also gegen ihren Willen, aus einer sein Wohl gefährdenden Situation heraus und in die Obhut des Jugendamtes genommen wird. Insofern handelt es sich bei einer Herausnahme grundsätzlich um eine Inobhutnahme, aber in einer besonderen Form. Diese besondere Form soll auch in der Statistik deutlich werden.

Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII (Teil I.8)

Rechtsgrundlagen

§§ 98 bis 103 des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 8 des Gesetzes vom 21. Januar 2015 (BGBl. I S. 10) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist. Erhoben werden Angaben zu § 99 Absatz 6 SGB VIII.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 102 Absatz 1 SGB VIII in Verbindung mit § 15 BStatG. Nach § 102 Absatz 2 Nummer 1 sind die örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe auskunftspflichtig.

Seit dem Berichtsjahr 2012 wird festgehalten, ob eine Gefährdungseinschätzung gemäß § 8a SGB VIII der Hilfe vorangegangen war. Bei der Gefährdungseinschätzung handelt es sich um eine Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung. Diese Einschätzung wird vorgenommen, wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes bestehen. Als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung kann eine Hilfe zur Erziehung als notwendig erachtet werden, auch wenn keine akute Kindeswohlgefährdung besteht. Bei einer akuten Kindeswohlgefährdung ist eine anschließende Hilfgewährung zwingend vorgegeben.

Tabelle 1.1		Adoptionen nach ausgewählten Merkmalen im Zeitvergleich									
Lfd. Nr.	Jahr Merkmal	Adoptierte Kinder und Jugendliche									
		insgesamt	je 100 000 Kinder und Jugendliche 1)	männlich	weiblich	aus Europa	aus Asien	Alter von ... bis unter ... Jahren			
								unter 3	3 - 6	6 - 12	12 - 18
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	1997	144	37	68	76	144	-	40	13	47	44
2	2000	108	33	53	55	103	4	39	14	21	34
3	2005	73	29	35	38	73	-	25	12	10	26
4	2006	60	25	25	35	54	5	26	8	12	14
5	2007	73	33	33	40	73	-	41	7	14	11
6	2008	59	27	26	33	58	1	26	9	15	9
7	2009	71	33	35	36	67	2	36	12	12	11
8	2010	70	32	22	48	69	-	32	6	12	20
9	2011	61	28	30	31	60	1	37	4	8	12
10	2012	56	25	29	27	56	-	34	4	10	8
11	2013	69	30	35	34	68	1	27	12	17	13
12	2014	39	17	23	16	37	1	11	9	11	8
13	2015	45	19	18	27	44	1	18	5	13	9
14	2016	62	26	30	32	61	1	29	8	17	8
2016											
Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern											
15	Verwandt	1	0	-	1	1	-	1	-	-	-
16	Stiefvater/Stiefmutter	29	12	13	16	28	1	4	2	15	8
17	Nicht verwandt	32	14	17	15	32	-	24	6	2	-
Familienstand der abgebenden Eltern											
18	Ledig	38	16	24	14	x	x	18	8	8	4
19	Verheiratet, zusammen lebend	2	1	-	2	x	x	2	-	-	-
20	Verheiratet, getrennt lebend	1	0	-	1	x	x	1	-	-	-
21	Geschieden	11	5	3	8	x	x	-	-	7	4
22	Verwitwet oder Eltern gestorben	-	-	-	-	x	x	-	-	-	-
23	Eingetragene Lebenspartnerschaft 2)	2	1	-	2	x	x	2	-	-	-
24	Familienstand unbekannt	8	3	3	5	x	x	6	-	2	-
Art der Unterbringung vor Beginn des Adoptionsverfahren											
25	Leibliche Eltern	-	-	-	-	x	x	-	-	-	-
26	Leiblicher Elternteil mit Stiefeltern teil oder Partner	29	12	14	15	x	x	3	5	13	8
27	Alleinerziehender leiblicher Elternteil	1	0	1	-	x	x	1	-	-	-
28	Adoptiveltern teil mit Partner 2)	3	1	-	3	x	x	2	-	1	-
29	Großeltern/sonstige Verwandte	-	-	-	-	x	x	-	-	-	-
30	Pflegefamilie	2	1	2	-	x	x	-	2	-	-
31	Heim	4	2	2	2	x	x	-	1	3	-
32	Krankenhaus (nach der Geburt)	23	10	11	12	x	x	23	-	-	-
33	Unbekannt	-	-	-	-	x	x	-	-	-	-

Tabelle 1.2		Adoptionen 2016 nach ausgewählten Merkmalen und Kreisen								
Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Adoptierte Kinder und Jugendliche insgesamt	Davon		Darunter (aus Insgesamt) angenommen durch deutsche Adoptiveltern			Adoptionsvermittlung am Jahresende		
			männlich	weiblich	zu- sammen	darunter		in Adop- tions- pflege unter- gebrachte	zur Adoption vorge- merkte	vorge- merkte Adoptions- bewer- bungen
						Verwandten- adoptionen				
						zu- sammen	darunter durch Stiefeltern	Kinder und Jugendliche		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1	Rostock	15	7	8	15	6	6	7	-	5
2	Schwerin	-	-	.	-	9
3	Mecklenburgische Seenplatte	9	4	5	8	5	5	.	.	10
4	Landkreis Rostock	5	.	.	5	.	.	-	-	-
5	Vorpommern-Rügen	11	5	6	11	6	6	5	-	8
6	Nordwestmecklenburg	-	-	10	.	5
7	Vorpommern-Greifswald	8	.	.	8	.	.	9	.	5
8	Ludwigslust-Parchim	9	4	5	9	7	6	26	-	5
9	Mecklenburg-Vorpommern	62	30	32	61	29	28	63	5	47

Tabelle 1.3		Bestehende Pfleg-, Vormund- und Beistandschaften für Kinder und Jugendliche sowie Pflegeerlaubnis und Sorgeerklärungen im Zeitvergleich									
Lfd. Nr.	Merkmal	1997	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	Davon	
										männlich	weiblich
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Am Jahresende											
1	Kinder und Jugendliche unter gesetzlicher Amtsvormundschaft	357	265	290	184	143	143	175	198	90	108
2	unter bestellter Amtspflegschaft	766	560	450	576	649	610	609	590	299	291
3	unter bestellter Amtsvormundschaft	1 031	761	657	538	554	547	1 075	1 672	1 310	362
4	darunter: Nichtdeutsche	46	31	15	19	30	53	532	1 018	939	79
5	mit Beistandschaften	2 803	5 386	8 895	10 024	9 997	9 091	10 038	10 030	4 902	5 128
6	für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht 3)	.	.	15	4	15	33	12	62	36	26
7	davon in Vollpflege	.	.	15	4	15	33	12	62	36	26
8	Wochenpflege	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	Tagespflege	97	617	x	x	x	x	x	x	x	x
10	Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht	x	x	1 220	1 548	1 459	1 430	1 298	1 242	x	x
11	Begründung der gemeinsamen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern	x	x	x	x	x	6 517	5 631	5 896	x	x
12	durch von beiden Elternteilen abgegebene Sorgeerklärungen	x	x	x	x	x	6 430	5 553	5 803	x	x
13	durch Entscheidung des Familiengerichts	x	x	x	x	x	87	78	93	x	x

Tabelle 1.4		Bestehende Pfleg-, Vormund- und Beistandschaften für Kinder und Jugendliche sowie Pflegeerlaubnis 2016 nach Kreisen						
Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft						Tagespflege- personen für die eine Pflegeerlaub- nis nach § 43 SGB VIII besteht
		gesetzliche Amtsvor- mundschaft	bestellte Amtspflegschaft		bestellte Amtsvor- mundschaft	darunter		
			insgesamt	darunter in Unter- haltungspfeg- schaften		Nicht- deutsche	mit Beistand- schaften	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	Rostock	39	67	-	206	121	883	148
2	Schwerin	.	34	-	171	89	717	69
3	Mecklenburgische Seenplatte	18	114	-	259	145	1 390	237
4	Landkreis Rostock	22	61	.	196	136	1 001	113
5	Vorpommern-Rügen	.	85	-	253	147	2 858	160
6	Nordwestmecklenburg	29	79	.	192	133	1 101	133
7	Vorpommern-Greifswald	42	93	-	209	102	1 143	232
8	Ludwigslust-Parchim	29	57	-	186	145	937	150
9	Mecklenburg-Vorpommern	198	590	4	1 672	1 018	10 030	1 242

Tabelle 1.5		Maßnahmen des Familiengerichts wegen einer Gefährdung des Kindeswohls im Zeitvergleich									
Lfd. Nr.	Jahr Merkmal	Kinder und Jugendliche insgesamt	Davon nach Geschlecht und Alter								
			männlich				weiblich				
			Alter von ... bis unter ... Jahren				Alter von ... bis unter ... Jahren				
			zu-sammen	unter 6	6 - 14	14 - 18	zu-sammen	unter 6	6 - 14	14 - 18	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1	2012	411	198	90	72	36	213	93	88	32	
2	2013	327	155	79	57	19	172	54	77	41	
3	2014	261	131	56	56	19	130	60	48	22	
4	2015	247	130	43	63	24	117	51	43	23	
5	2016	449	265	64	84	117	184	71	75	38	
2016 nach eingeleiteten Maßnahmen des Familiengerichts											
6	Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB	128	66	28	31	7	62	32	23	7	
7	Aussprache von anderen Geboten oder Verboten gegenüber Personensorgeberechtigten oder Dritten gem. § 1666 Abs. 2 bis 4 BGB	43	19	5	12	2	24	7	16	1	
8	Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB	13	5	3	2	-	8	3	3	2	
9	Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	265	175	28	39	108	90	29	33	28	
10	Übertragung des Personensorgerechts ganz oder teilweise auf das Jugendamt darunter	233	159	19	35	105	74	23	26	25	
11	nur des Aufenthaltsbestimmungsrechts	31	16	8	7	1	15	8	7	-	

Tabelle 1.6		Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche nach Anlass und Ende der Maßnahme im Zeitvergleich									
Lfd. Nr.	Jahr Merkmal	Kinder und Jugendliche insgesamt 4)	Davon								
			männlich	weiblich	im Alter von ... bis unter ... Jahren						
					unter 3	3 - 6	6 - 9	9 - 12	12 - 14	14 - 16	16 - 18
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	1997	1 183	553	630	72	63	87	107	180	402	272
2	2000	1 056	502	554	73	83	62	110	195	308	225
3	2005	861	417	444	46	43	52	37	133	318	232
4	2006	899	444	455	100	64	69	59	138	245	224
5	2007	966	438	528	85	95	61	86	125	218	296
6	2008	972	452	520	127	107	92	94	134	215	203
7	2009	917	429	488	108	87	67	81	139	228	207
8	2010	1 021	496	525	129	102	94	96	162	233	205
9	2011	1 062	502	560	127	106	100	109	166	265	189
10	2012	981	475	506	106	92	96	112	159	250	166
11	2013	994	477	517	125	93	64	100	147	274	191
12	2014	845	408	437	105	78	65	79	115	200	203
13	2015	1 271	791	480	111	78	78	105	147	310	442
14	2016	1 759	1 205	554	110	106	106	149	194	390	704
2016											
nach Anlass der Maßnahme 5)											
15	Integrationsprobleme im Heim/ Pflegefamilie	71	49	22	-	1	4	1	13	16	36
16	Überforderung der Eltern/eines Elternteils	429	204	225	61	57	48	56	70	80	57
17	Schul- und Ausbildungsprobleme	37	15	22	-	-	-	2	8	18	9
18	Vernachlässigung	162	76	86	42	32	21	20	16	21	10
19	Delinquenz des Kindes/Straftat des Jugendlichen	71	53	18	-	-	-	-	11	30	30
20	Suchtprobleme	41	24	17	-	-	-	2	8	17	14
21	Anzeichen für Misshandlung	100	36	64	12	8	13	20	13	20	14
22	sexuellen Missbrauch	15	3	12	1	2	4	3	2	2	1
23	Trennung/Scheidung der Eltern	18	8	10	2	2	3	5	-	3	3
24	Wohnungsprobleme	51	26	25	7	9	5	5	3	5	17
25	Unbegleitete Einreise aus dem Ausland	815	744	71	4	1	22	42	51	176	519
26	Beziehungsprobleme	204	80	124	2	5	6	17	49	77	48
27	Sonstige Probleme	246	126	120	31	35	19	29	36	46	50
Maßnahme endete mit ... 6)											
28	Rückkehr zu dem/der Personensorgeberechtigten	464	224	240	58	57	53	69	75	96	56
29	Rückkehr in die Pflegefamilie oder das Heim	37	24	13	6	-	3	1	2	13	12
30	Übernahme durch ein anderes Jugendamt	59	37	22	1	3	6	5	8	11	25
31	Einleitung einer ambulanten Hilfe zur Erziehung	105	51	54	12	12	9	17	11	26	18
32	Einleitung einer erzieherischen Hilfe außerhalb des Elternhauses	579	413	166	32	35	26	36	56	120	274
33	Sonstiger stationärer Hilfe	115	66	49	9	10	13	6	24	28	25
34	Keiner anschließenden Hilfe	482	426	56	1	-	3	30	31	114	303

Tabelle 1.7		Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche nach Art der Maßnahme im Zeitvergleich								
Lfd. Nr.	Jahr Merkmal	Kinder und Jugendliche insgesamt	Inobhutnahme			Herausnahme	Davon (aus Insgesamt) Unterbringung während der Maßnahme			Schutzmaßnahmen auf Grund einer vorangegangenen Gefährdungseinschätzung 7)
			zusammen	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung (dringende Gefahr)		bei einer geeigneten Person	in einer Einrichtung	in einer sonstigen betreuten Wohnform	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1	1997	1 226	1 208	483	725	18	31	1 181	14	x
2	2000	1 056	1 053	327	726	3	30	1 016	10	x
3	2005	861	790	237	553	71	58	794	9	x
4	2007	966	879	205	674	87	48	906	12	x
5	2008	972	961	177	784	11	92	873	7	x
6	2009	917	911	208	703	6	77	829	11	x
7	2010	1 021	1 002	206	796	19	102	904	15	x
8	2011	1 062	1 045	234	811	17	110	910	42	x
9	2012	981	957	170	787	24	92	870	19	244
10	2013	994	965	167	798	29	122	844	28	466
11	2014	845	845	171	674	x	112	704	29	300
12	2015	1 271	1 271	117	1 154	x	259	972	40	365
13	2016	1 759	1 759	125	1 634	x	416	1 294	49	410
2016 nach Geschlecht und Altersgruppen										
14	Alter von ... bis unter ... Jahren unter 3	110	110	-	110	x	47	58	5	70
15	3 - 6	106	106	-	106	x	31	71	4	58
16	6 - 9	106	106	1	105	x	39	61	6	42
17	9 - 12	149	149	6	143	x	52	91	6	48
18	12 - 14	194	194	18	176	x	37	154	3	73
19	14 - 16	390	390	49	341	x	70	313	7	68
20	16 - 18	704	704	51	653	x	140	546	18	51
21	Mit ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteil	1 017	1 017	33	984	x	295	698	24	84
22	Männlich	1 205	1 205	64	1 141	x	299	874	32	180
23	Alter von ... bis unter ... Jahren unter 3	58	58	-	58	x	21	33	4	35
24	3 - 6	51	51	-	51	x	16	32	3	28
25	6 - 9	56	56	1	55	x	17	36	3	18
26	9 - 12	81	81	3	78	x	31	48	2	20
27	12 - 14	108	108	4	104	x	31	76	1	27
28	14 - 16	260	260	26	234	x	60	195	5	33
29	16 - 18	591	591	30	561	x	123	454	14	19
30	Mit ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteil	863	863	22	841	x	251	595	17	36
31	Weiblich	554	554	61	493	x	117	420	17	230
32	Alter von ... bis unter ... Jahren unter 3	52	52	-	52	x	26	25	1	35
33	3 - 6	55	55	-	55	x	15	39	1	30
34	6 - 9	50	50	-	50	x	22	25	3	24
35	9 - 12	68	68	3	65	x	21	43	4	28
36	12 - 14	86	86	14	72	x	6	78	2	46
37	14 - 16	130	130	23	107	x	10	118	2	35
38	16 - 18	113	113	21	92	x	17	92	4	32
39	Mit ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteil	154	154	11	143	x	44	103	7	48

Tabelle 1.8		Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2016 nach Kreisen							
Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Insgesamt	Alter von ... bis unter ... Jahren		Geschlecht		Maßnahme erfolgte		Schutz- maßnahmen wegen einer vorangegangenen Gefährdungs- einschätzung
			unter 14	14 - 18	männlich	weiblich	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung	
1	2	3	4	5	7	8	9	10	11
1	Rostock	207	106	101	105	102	19	188	32
2	Schwerin	100	51	49	56	44	7	93	-
3	Mecklenburgische Seenplatte	238	81	157	179	59	30	208	53
4	Landkreis Rostock	201	42	159	157	44	5	196	43
5	Vorpommern-Rügen	180	66	114	129	51	.	.	70
6	Nordwestmecklenburg	202	79	123	129	73	.	.	110
7	Vorpommern-Greifswald	193	100	93	114	79	47	146	11
8	Ludwigslust-Parchim	438	140	298	336	102	10	428	91
9	Mecklenburg-Vorpommern	1 759	665	1 094	1 205	554	125	1 634	410

Tabelle 1.9		Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls sowie Ergebnis des Verfahrens und Art der Kindeswohlgefährdung im Zeitvergleich														
Lfd. Nr.	Jahr Merkmal	Verfahren insgesamt	Davon nach dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung													
			akute Kindeswohlgefährdung							latente Kindeswohlgefährdung						
			Verfahren	zusammen ⁶⁾	davon nach Art der Kindeswohlgefährdung Anzeichen für ...				Verfahren	zusammen ⁶⁾	davon nach Art der Kindeswohlgefährdung Anzeichen für ...				keine Kindeswohlgefährdung aber Hilfebedarf	keine Kindeswohlgefährdung und kein (weiterer) Hilfebedarf
					Ver-nach-lässigung	körperliche Miss-handlung	psychische Miss-handlung	sexu-elle Gewalt			Ver-nach-lässigung	körperliche Miss-handlung	psychische Miss-handlung	sexu-elle Gewalt		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1	2012	3 625	576	690	392	117	154	27	555	619	424	57	123	15	1 270	1 224
2	2013	3 567	620	780	416	160	175	29	411	491	268	64	135	24	1 410	1 126
3	2014	4 207	604	763	420	154	155	34	562	653	415	99	126	13	1 717	1 324
4	2015	4 007	504	595	372	117	85	21	455	491	335	61	87	8	1 832	1 216
5	2016	3 978	792	905	500	199	166	40	449	500	305	76	105	14	1 515	1 222
2016 nach Geschlecht und Altersgruppen																
6	Alter von ... bis unter ... Jahren															
6	unter 3	899	160	174	128	21	19	6	96	104	73	10	19	2	333	310
7	3 - 6	823	141	163	100	34	24	5	96	109	67	20	20	2	317	269
8	6 - 10	937	167	195	89	56	42	8	104	114	72	17	20	5	371	295
9	10 - 14	742	160	180	89	40	38	13	89	98	57	15	25	1	289	204
10	14 - 18	577	164	193	94	48	43	8	64	75	36	14	21	4	205	144
11	Männlich	2 030	397	452	249	105	84	14	231	261	169	43	47	2	782	620
12	Alter von ... bis unter ... Jahren															
12	unter 3	478	83	89	66	13	8	2	52	56	41	6	9	-	176	167
13	3 - 6	426	75	90	51	22	16	1	50	60	39	13	7	1	166	135
14	6 - 10	497	86	97	39	31	22	5	56	61	36	13	11	1	201	154
15	10 - 14	368	81	90	45	22	19	4	45	52	33	6	13	-	149	93
16	14 - 18	261	72	86	48	17	19	2	28	32	20	5	7	-	90	71
17	Weiblich	1 948	395	453	251	94	82	26	218	239	136	33	58	12	733	602
18	Alter von ... bis unter ... Jahren															
18	unter 3	421	77	85	62	8	11	4	44	48	32	4	10	2	157	143
19	3 - 6	397	66	73	49	12	8	4	46	49	28	7	13	1	151	134
20	6 - 10	440	81	98	50	25	20	3	48	53	36	4	9	4	170	141
21	10 - 14	374	79	90	44	18	19	9	44	46	24	9	12	1	140	111
22	14 - 18	316	92	107	46	31	24	6	36	43	16	9	14	4	115	73

Tabelle 1.10		Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2016 nach dem gewöhnlichem Aufenthaltsort der Minderjährigen						
Lfd. Nr.	Merkmal	Verfahren insgesamt	Darunter nach dem gewöhnlichem Aufenthaltsort der Minderjährigen					in einer stationären Einrichtung
			bei den Eltern	bei einem alleinerziehen- den Elternteil	bei einem Elternteil mit neuem Partner	bei den Großeltern/ Verwandten	in einer Pflegefamilie	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Verfahren insgesamt nach Geschlecht und Altersgruppen 8)								
1	Insgesamt	3 978	1 334	1 711	712	73	40	62
	Alter von ... bis unter ... Jahren							
2	unter 3	899	420	382	63	18	4	8
3	3 - 6	823	315	345	134	10	12	5
4	6 - 10	937	272	433	199	14	9	5
5	10 - 14	742	175	331	192	9	10	18
6	14 - 18	577	152	220	124	22	5	26
7	Männlich	2 030	690	871	356	35	24	32
	Alter von ... bis unter ... Jahren							
8	unter 3	478	211	214	34	10	3	4
9	3 - 6	426	169	172	73	3	7	1
10	6 - 10	497	152	224	106	4	4	4
11	10 - 14	368	93	158	87	6	8	12
12	14 - 18	261	65	103	56	12	2	11
13	Weiblich	1 948	644	840	356	38	16	30
	Alter von ... bis unter ... Jahren							
14	unter 3	421	209	168	29	8	1	4
15	3 - 6	397	146	173	61	7	5	4
16	6 - 10	440	120	209	93	10	5	1
17	10 - 14	374	82	173	105	3	2	6
18	14 - 18	316	87	117	68	10	3	15
Verfahren mit dem Ergebnis einer akuten oder latenten Kindeswohlgefährdung nach Geschlecht und Altersgruppen								
19	Insgesamt	1 241	370	522	249	23	16	37
	Alter von ... bis unter ... Jahren							
20	unter 3	256	110	109	22	5	1	7
21	3 - 6	237	86	97	42	1	7	4
22	6 - 10	271	68	127	66	1	4	4
23	10 - 14	249	54	110	67	6	2	7
24	14 - 18	228	52	79	52	10	2	15
25	Männlich	628	187	257	130	12	10	19
	Alter von ... bis unter ... Jahren							
26	unter 3	135	51	61	15	2	1	4
27	3 - 6	125	48	50	22	-	4	1
28	6 - 10	142	37	61	37	-	3	3
29	10 - 14	126	31	50	31	5	2	4
30	14 - 18	100	20	35	25	5	-	7
31	Weiblich	613	183	265	119	11	6	18
	Alter von ... bis unter ... Jahren							
32	unter 3	121	59	48	7	3	-	3
33	3 - 6	112	38	47	20	1	3	3
34	6 - 10	129	31	66	29	1	1	1
35	10 - 14	123	23	60	36	1	-	3
36	14 - 18	128	32	44	27	5	2	8

Tabelle 1.11		Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls und Ergebnis des Verfahrens 2016 nach Kreisen						
Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Verfahren insgesamt	Davon		Davon (aus Insgesamt) nach dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung			
			männlich	weiblich	akute Kindeswohl- gefährdung	latente Kindeswohl- gefährdung	keine Kindeswohl- gefährdung aber Hilfebedarf	keine Kindeswohl- gefährdung und kein (weiterer) Hilfebedarf
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	Rostock	511	274	237	157	35	177	142
2	Schwerin	680	344	336	59	63	249	309
3	Mecklenburgische Seenplatte	613	317	296	75	52	234	252
4	Landkreis Rostock	267	135	132	34	30	122	81
5	Vorpommern-Rügen	889	440	449	317	180	311	81
6	Nordwestmecklenburg	135	73	62	39	19	31	46
7	Vorpommern-Greifswald	637	337	300	59	52	292	234
8	Ludwigslust-Parchim	246	110	136	52	18	99	77
9	Mecklenburg-Vorpommern	3 978	2 030	1 948	792	449	1 515	1 222

Fußnotenerläuterungen

- 1) 2016: Bevölkerungsstand am 31.12.2015
- 2) nur bei Sukzessivadoption
- 3) ab 2005 ohne Pflegeerlaubnis für Kinder und Jugendliche in Tagespflege
- 4) ohne Mehrfachzählungen
- 5) Für jedes Kind oder Jugendlichen konnten bis zu zwei Anlässe der Maßnahme angegeben werden.
- 6) einschließlich Mehrfachnennungen
- 7) Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls gemäß § 8a Abs. 1 SGB VIII
- 8) Einschließlich Verfahren bei denen keine Kindeswohlgefährdung vorliegt